

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1918**

27 (1.2.1918)

# Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt mit Amtlichem Verkündigungsblatt und Illustriertem Unterhaltungsblatt

Bezugspreis: In Ettlingen und durch die Agenturen frei ins Haus monatlich 25 Pfennig. Im Postbezug vierteljährlich 2.50 M. Einzelnummern und Belege 10 Pfennig.

Druck und Verlag:  
**Duch & Steindrucker A. Barth, Ettlingen**  
Kronenstraße 26 • Fernsprecher Nr. 28

Anzeigen: Die kleine Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die Reklamezeile 40 Pfennig. Rabatt nach Tarif; bei zwangsweiser Beibehaltung fällt der Rabatt weg.

## Der deutsche Tagesbericht.

(Telegramm)

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Februar.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück.

Bei dichtem Nebel blieb die Feuertätigkeit an der ganzen Front gering.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago lebhafter Artilleriekampf. Vom Monte di Bal bella und Col del Rosso aus setzten die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen an; sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Von den farbigen Franzosen.

Der „Str. P.“ wird von der französischen Grenze berichtet: Die Franzosen haben ihr Kreuz mit den verschiedenen „Kulturträgern“, die sie sich aus ferneren Erdteilen zur Verbreitung der Zivilisation in Europa verschrieben haben. Tagtäglich bringt die Lokalpresse der verschiedensten Gegenden Vorfälle an die Öffentlichkeit, aus denen hervorgeht, daß die Gemeindebehörden mit den Negern, Kabylen und Mohammedanern recht unangenehme Erfahrungen machen. Die Grenzblätter wissen darüber viel zu erzählen. Welcher Art die Vorfälle sind, geht aus folgenden zwei Fällen der letzten Tage hervor, über die das Belforter Blatt l'Alsace berichtet: In Boujaucourt hat der 23jährige Marokkaner Abdellah Ben Said ben Buazid eine nach Hause gehende Tochter angefallen, gewürgt und, als sich das 19jährige Mädchen zur Wehr setzte, mit einem Bengel mehrmals über den Kopf geschlagen, daß die Unglückliche be-

wußtlos liegen blieb. Vor Gericht entschuldigte er sich damit, daß er mit vier Kameraden vor der Tat 15 Flaschen Wein getrunken. Ein viel schwererer Fall fand seine Erledigung vor dem Strafgericht in Besancon. Es handelte sich um einen Ueberfall auf den Bahnhof von Biotte durch eine Apachenbande, zu der auch einige Militärs gehörten. Die Bande schlug einen Kabylen nieder und raubte der Bahnhofswache sämtlichen Vorrat. Es setzte Strafen ab von 3 Monaten bis zu 4 Jahren Gefängnis. Derartige und ähnliche Fälle sind an der Tagesordnung.

## Seefrieg.

U-Booterfolge.

Berlin, 31. Jan. (WTB.) Amtlich. Im Sperrgebiet um England wurden kürzlich durch unsere U-Boote fünf Dampfer versenkt, davon 3 tiefbeladene im Nermestanal bei sehr starker feindlicher Gegenwirkung. Unter den Schiffen befinden sich zwei große bewaffnete englische Dampfer von mindestens 6000 und 4000 Tonnen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

## Vom Krieg.

Die deutschen Kolonien.

Bern, 31. Jan. Der Abg. Noel Buxton sprach in Manchester am 15. Januar über die deutschen Kolonien in Afrika und führte aus, die herrschende Ansicht in England sei zwar, daß die Kolonien Deutschland nicht zurückgegeben werden dürften, statt dessen solle man aber bedenken, daß die Zurückbehaltung der deutschen Kolonien mit dem Weltfrieden unvereinbar wäre und daß England sich bereits zu dem Grundsatz „keine Annexionen“ bekannt habe. Ueberdies werde ein Hauptfaktor beim Friedensschluß Amerika sein, das sich sicherlich Annexionen widersetzen und auf dem Grundsatz der offenen Tür bestehen werde. Wenn die Entente nicht die deutschen Ansprüche in Afrika anerkenne, werde der Krieg weitergehen, und Deutschlands Behauptung, daß es einen Verteidigungskrieg führe, werde dann berechtigt sein. Die beste Lösung wäre die Ausdehnung der Grundsätze der Kongoaakte von 1885 auf das gesamte tropische Afrika unter Aufrechterhaltung der bestehenden Sou-

veränitäten, abgesehen von kolonialem Tausch auf gegenseitiger Vereinbarung.

### Rußland und Rumänien.

Die „Magdeb. Ztg.“ meldet aus Rotterdam: Die Londoner „Daily Mail“ berichtet drahtlos aus Jassy: Die rumänische Regierung notifizerte am 29. Januar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, soweit dieses durch die Bolschewiki vertreten wird. Für die Russen in dem Bezirk Jassy wurden Vorschriften erlassen, wodurch sie den feindlichen Staatsangehörigen gleichgestellt werden. Die Demission des Kabinetts Bratianu bestätigt sich nicht. (g. R.)

Petersburg, 29. Jan. (WTB.) Ueber das erste Gefecht zwischen den Russen und Rumänen am 23. Januar an der Eisenbahn von Ungeni nach Kischinew wird berichtet, daß drei russische Bataillone eine kleinere rumänische Abteilung auf einer Eisenbahnstation umzingelten und aufforderten, sich zu ergeben. Die Rumänen drahteten nach Ungeni und leisteten kräftigen Widerstand. Als nach einer Stunde Maschinengewehre fast alle Rumänen kampfunfähig gemacht hatten, näherte sich ein Eisenbahnzug mit einem Bataillon Infanterie, vier leichten Kanonen und mehreren Maschinengewehren aus Ungeni, griff die russischen Truppen an und trieb sie zurück. Die Verluste waren auf beiden Seiten sehr groß.

Amsterdam, 1. Febr. (WTB.) Nach einem hiesigen Blatte meldet die „Times“ aus Petersburg, daß Abteilungen der Roten Garde nach Bessarabien geschickt wurden. Auch verschiedene Regimenter Infanterie mit Artillerie erhielten Befehl, nach Bessarabien zu gehen.

## Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

Trozkis wahre Absichten.

Aus Berlin läßt sich das „R. Tgl.“ drahten: Der erste Tag der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk hat in vollem Umfange die Auffassung bestätigt, die alle ruhigen Beobachter der Dinge über die wahren Absichten Trozkis und der ganzen Bolschewikregierung sich haben bilden müssen. Von dem Frieden ist diesmal überhaupt kann

## Heilige Zeiten.

Ein Roman aus der Gegenwart.

Von Anny Wothe.

Amerik. Copyright 1916 by Anny Wothe-Mahn, Wpa. 27)

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Solle, die mich dahin gebracht, ließ ich im Wasser treiben. Ich trock unter die Bank und lag platt am Boden, ohne zu atmen, während das Boot langsam an der Schiffswand emporstieg. Wurde man, wenn die Matrosen oben die Boote in Empfang nahmen, meiner gewahr, war es um meine Freiheit geschehen. Aber nichts von dem Gefürchteten geschah. Man zog die Leinwand über die Boote und ich lag nun wie in einem Sarg. Den ganzen Tag währte ich mich nicht, während das Riesenschiff durch den Kanal stampfte. Obgleich mir alle Glieder schmerzten, und ich empfindlichen Hunger verspürte, war ich doch glücklich, den Engländern entronnen zu sein.

Aber ich hatte auch nicht Lust, den Amerikanern in die Hände zu fallen, um bei meiner Ankunft in Amerika dann interniert zu werden. Nachts, als auf dem Schiff alles still war, trock ich aus meiner Behausung und verbarg mich unten in den Heizräumen. Am zweiten Tage aber zwang mich doch der Hunger, mich einem Matrosen zu entdecken.

Er war Deutsch-Amerikaner, als Heizer auf dem Schiff. Nachdem er den ersten Schreck über meine Anwesenheit in seinen Heizräumen überwunden, half er mir bereitwilligst. Nie kann ich dem waderen Mann seine Tat vergessen. Er versorgte mich nicht nur mit Nahrung, sondern brachte mir auch seinen eigenen An-

zug, jodaß ich meine Uniform über Bord werfen konnte. Und als wir vor Newyork einfuhren, sorgte er für Ausweispapiere auf den Namen seines Bruders, so daß ich als Kohlenschipper mit einem der nächsten Schiffe in die Heimat zurückkehren konnte. Das sind im großen und ganzen meine Erlebnisse.“

„Das feinerlei Kunde von mir zu euch dringen würde, habe ich eigentlich nie gefürchtet, wenn ich auch annahm, daß euch vielleicht die eine oder andere meiner Nachrichten nicht erreichen konnte.“

Gräfin Erdmute drückte innig ihres Sohnes Hand. „Wie tapfer und treu hast du all die Gefahren und Beschwerden überwunden, mein Sohn.“

„und wie traurig war deine Heimkehr, die ein Freudenfest für uns alle hätte werden müssen.“

Joachim winkte abwehrend mit der Hand. Sein Blick streifte Marlene, die noch immer seiner Mutter zu Füßen kauerte und nicht aufblickte.

„Ich habe nur getan, was ich tun mußte, liebe Mutter. Ein deutscher Offizier hat die Pflicht, mit allen Mitteln zu kämpfen, um seine Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Jetzt werde ich um einen kurzen Erholungsurlaub eintommen und sobald sich meine Kräfte einigermaßen wieder heben, aufs neue hinausziehen, um unseren Feinden dieses furchtbare Jahr heimzuzahlen.“

Jetzt sah Marlene angstvoll zu ihm auf. „Du willst wieder hinaus?“ fragte sie entsetzt, „wo du kaum dem Tod entronnen bist.“

Er lächelte schmerzlich. „Möchtest du mich hier untätig sehen, Marlene. Ist mein Platz nicht, jetzt noch besonders, in der Front?“

Marlene schaute wie geistesabwesend zu ihm auf. Günter aber sagte: „Joachim hat recht. Es ist für

uns Männer eine Schande, hier zu hocken. Und was auch der Sanitätsrat sagt, ich versuche es doch, nochmals bei unserem Stabsarzt, ob sie mich nicht wieder einstellen. Unser Dieter, der Kleine, hat das Eisene Kreuz erster Klasse, wie er heute schrieb, und wir beide sollten hier auf der Bärenhaut liegen?“

Gräfin Erdmute lächelte. Ein stolzes Lächeln, wie es nur Mütter haben. „Das Schicksal war bisher so gnädig gegen euch, es wird euch beide auch weiter den rechten Weg führen.“

„Mein Segen und meine Gebete gehen immer mit euch.“

Marlene stand auf. Die Füße waren ihr so müde. Obwohl es sie voller Unruhe zu Guldane drängte, war sie dennoch bei den anderen geblieben, weil Joachim sie darum gebeten. Sie hatte gehofft, daß er sich irgendwie über Guldane äußern würde, woraus sie auf das fernere Schicksal der unglücklichen Schwester schließen konnte, aber nicht mal mit einem Gedanken hatte er Guldane gestreift. Auch tante Erdmute und Günter hatten kein Wort über die Armut verlauten lassen, und bisher hatte noch keiner von allen das Krankenzimmer betreten.

Eine tiefe Bitterkeit quoll in Marlene empor. Wenn sie nur fortgekonnt hätte. Wenn sie die arme Kranke hätte mitnehmen können und mit ihr Eitersrobe für immer verlassen. Joachim hatte ihr gestern auf ihre Bitte, Guldane zu dulden, kein Wort erwidert, obwohl er auch nichts dagegen geäußert hatte. Sie zürnte ihm plötzlich.

Joachim las in ihrem blassen Gesicht, was sie nicht aussprach. Auch er erhob sich — er mußte ein paar Worte mit Marlene reden. In demselben Augenblick trat die Pflugeschwester ins Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

noch die Rede gewesen. Herr Trozki hat vielmehr die meiste Zeit dazu gebraucht, der ukrainischen Zentralrada, d. h. der selbständigen ukrainischen Republik in seiner bekannten Ausführlichkeit den Krieg zu erklären. Er teilt mit, daß die ukrainische Filiale der Petersburger Bolschewiki in Charlow über die bürgerliche Zentralrada in Kiew den Sieg errungen habe und allein als Vertreter der revolutionären russischen Bundesrepublik anerkannt werden müsse. Nun kommt auch aus Kiew die Nachricht, daß das Generalsekretariat der Rada zurückgetreten sei. Kontrollieren läßt sich diese Meldung natürlich, da sie aus Petersburg kommt, nicht und auch nicht in ihren Folgen absehen. Zunächst werden die ukrainischen Delegierten mit denen der Vierbund schon zu einem aussichtsreichen Abkommen gelangt war, in Brest-Litowsk zurückzukehren. Die Bolschewiki treiben absichtlich mit den Ukrainern dasselbe Spiel, das sie mit Finnland getrieben haben und das sie gern in den baltischen Gebieten wiederholen möchten.

Erst wird mit löblichen Worten die völlige staatliche Unabhängigkeit anerkannt und dann wird mit allen Mitteln die sozialrevolutionäre Verheerung gefördert, und wenn diese zum offenen Bürgerkrieg geführt hat, rückt die Rote Garde als Hilfstruppe ein, reißt alle nationale Selbständigkeit weg und eine bolschewistische Schandesherrschaft wird aufgerichtet. So war es in Finnland, und so sieht es Trozki auch für die Ukraine vor, denn er erklärt, die Kiewer Rada gleiche vielfach der früheren Regierung Kerenskis und sie werde von den ukrainischen Sowjets ebenso wie jene gestürzt werden.

Noch sind die Vertreter der Rada nicht nach Brest-Litowsk zurückgekehrt, noch ist die Mitteilung Trozkis daß das Don-Bergwerkgebiet sowie die Fabrik von Boltawa sich bereits in den Händen der ukrainischen Sowjets befänden, nicht bestätigt worden. Aber auch diese letzten Tage haben nur erhärtet, daß Trozki gar nicht an einen Friedensschluß mit den Mittelmächten denkt, soll er doch auch in Petersburg gesagt haben: „Unsere Methode schafft uns mächtige Verbündete in den Volksgenossen der anderen Länder. Ein wahrhaft demokratischer Friede ist nur durch eine Weltrevolution möglich, und wir glauben an ihren Sieg.“

Inzwischen muß man zugeben, daß, wenn auch die Zerlegung des russischen Heeres unaufhaltsam vorwärts schreitet und in Petersburg die Lebensmittelnot sich gerade in diesen Tagen neu verstärkt hat, das bewaffnete Proletariat der Bolschewiki einen recht kriegerischen Geist entwickelt. Kämpfe in Finnland, Kämpfe in der Ukraine und im Dongebiet. Dazu besteht jetzt auch der offene Kriegszustand zwischen Rußland und Rumänien. Wie die Dinge in dem riesigen russischen Herzenfeld sich weiter entwickeln werden, ist nicht vorauszu sehen. Die Rumänen spekulieren übrigens sichtlich auf die Zurückeroberung Mesopotamiens, das ihnen bekanntlich nach dem russisch-türkischen Krieg 1877 genommen worden war. Das würde eine weitere Gebietsabräumdung von dem russischen Reich bedeuten und zugleich für die Behandlung der Balkanfrage gewisse neue Möglichkeiten bieten.

Es ist ja immer noch möglich, daß der Druck der brennenden Friedenssehnsucht der überwiegenden Mehrheit des russischen Volkes stärker ist, als aller bolschewistischen Weisheit zur Weltrevolution. Dazu würde natürlich sehr viel beitragen, wenn die Hoffnungen auf innere Unruhen in Deutschland recht bald und recht gründlich enttäuscht würden. Die Verantwortlichkeit, die die deutschen Arbeiterorganisationen tragen, ist gerade in diesen Tagen gewaltig, denn sehr lange wird man in Brest-Litowsk unter keinen Umständen mehr verhandeln.

## Die Streifbewegung.

\* Mannheim, 31. Jan. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik Brown, Boveri & Cie. veranstalteten gestern vormittag einen Zug nach dem Marktplatz, wo ein Redner für den annekstionslosen Frieden sprach. Nachmittags fand eine von etwa 4000 Personen besuchte Versammlung statt, in der mitgeteilt wurde, daß Unabhängige und die sozialdemokratische Partei die Führung der Bewegung in die Hände genommen haben.

## Die Aussände in Berlin.

Berlin, 31. Jan. Die B. Z. berichtet: Ein Ueberblick über die Streiflage im allgemeinen ist auch heute noch nicht möglich, da die weitgehende Zersplittertheit und Führerlosigkeit die ganze Bewegung in beständig wachsenden Wellenlinien verlaufen läßt, doch scheint es fast, als ob der vernünftiger Teil der Arbeiterschaft nach und nach sich mehr Gehör auch in Berlin zu verschaffen wisse und daß der Streif auch in Berlin seinen Höhepunkt überschritten hat. Die Auflösung der Streifleitung und die Schließung des Gewerkschaftshauses, die ohne Störung erfolgten, zeigt, daß die Regierung entschlossen ist, die Streifbewegung einzudämmen.

In verschiedenen Morgenzeitungen ist eine Nachricht wiedergegeben, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei jetzt die Streifleitung übernommen

habe und neue Forderungen der Arbeiter ausarbeite. Es würden nur innerpolitische Wünsche der Arbeiter in diesem Programm Aufnahme finden. Der Vorsitzende der Groß-Berliner Wahlvereine teilt der „B. Z.“ hierzu mit, daß diese Nachricht nicht zutreffend ist. Die Parteileitung widme den Vorgängen selbstverständlich die größte Beachtung, lehne es aber nach wie vor ab, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Der Parteiausschuß habe lediglich seine Sympathie für die innerpolitischen Forderungen der Ausständigen ausgesprochen.

Infolge der Beteiligung eines Drittels der Berliner Bädereisen an dem Streif ist heute in verschiedenen Arbeiterbezirken das Brot knapp geworden. Wie der B. Z. mitgeteilt wird, sind die Bäder aufgefordert worden, die Arbeit wieder aufzunehmen und haben es im Laufe des heutigen Tages zumeist getan.

## Der Ausschuß der Ausständigen aufgelöst.

Berlin, 31. Jan. (WZB.) Der Oberbefehlshaber in den Marken hat den Ausschuß der Ausständigen, der unter dem Namen „Arbeiterrat“ sich gebildet hat, auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand aufgelöst und ihm jedes weitere Zusammenkommen verboten, da die Ausständigenbewegung, die unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen ins Leben getreten sei, die öffentliche Sicherheit gefährde. Gleichzeitig wird jede Bildung irgend einer neuen Vereinigung zur Leitung der gegenwärtigen Streifbewegung verboten.

\*

## Zur sozialdemokratischen Friedenspolitik.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Lensch unterzieht in Heft 43 der „Glocke“ das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einer vernichtenden Kritik. Er weist zunächst darauf hin, daß dieses Schlagwort schon seit jeher Mode gewesen ist, wenn es galt, in irgend welcher versterkter Form Annexionen zu machen. Es sei höchst wunderbar, daß die Sozialdemokratie in dieses Modegeschrei mit einstimme, denn das Selbstbestimmungsrecht widerspreche den Grundgedanken der Partei, die auch im politischen Leben die Zusammenfassung kleiner Betriebe zu einem großen Betriebe befürworte. Bei Marx und Engels sei niemals davon die Rede. Lensch sucht dann zu erklären, warum die Sozialdemokratie auf das Schlagwort hereingefallen sei, und stellt fest, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht etwa der Sieg irgend eines sozialistischen Prinzips sei, sondern es handelt sich um ein „liberal-kleinbürgerliches Schlagwort“, das von der Sozialdemokratie aufgenommen sei. Im Anschluß daran zitiert er aus dem sozialdemokratischen Hamburger Echo die Aeußerung eines Soldaten, der seit Beginn des Krieges an der Front ist: „Wer hofft und wer glaubt denn, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker die friedensbringende Erlösung vom völkermordenden Krieg sein wird? Wer ist davon überzeugt? Die lautesten Verfechter dieser Formel in London und Washington bürgen dafür, daß ihr gewiß etwas Unehrlisches anhaften muß.“ Wörtlich fährt dann Lensch fort:

„Der Glaube, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts mit unseren Gegnern, wie sie nun einmal sind, einen „Verständigungsfrieden“ abzuschließen zu können, ist und bleibt ein Traum. Das Wort „Verständigung“ hat ja wohl irgend etwas mit Verstand zu tun. Solange aber der Verstand im Ententelager noch so wenig, der Größenwahn und die Verheerung in den amtlichen Kreisen noch so viel zu sagen hat, ist an einen Verständigungsfrieden nach wie vor leider nicht zu denken. Wie der „Verständigungsfriede“ aussieht, den uns die Entente heute anbietet, das haben uns die Reden Bichons, Lloyd Georges und Wilsons deutlich genug gezeigt. Mitteleuropa würde danach wie ein am Querholz aufgehängtes Wildschwein aussehen, das die Entente mit einer Träne im Auge, aber im übrigen mit stillem Schmunzeln ausweiden könnte.“

„Es ist ohne Zweifel eine große Illusion zu glauben, daß man mit Frankreich einen „Verständigungsfrieden“ schließen kann, wenn wir nur nichts vom französischen Boden annectieren. Frankreich versinkt, wenn es sich nicht durch reichliche Annexionen auf deutsche Kosten erholen kann, also durch Eroberung Elsaß-Lothringens, des Saargebiets und anderer Teile des linken Rheinufers, sowie Teilen der deutschen Kolonien und durch eine kräftige Kriegscontribution, rettungslos in den Abgrund weltpolitischer Bedeutungslosigkeit. Darüber hilft dem Lande keine sentimentale deutsch-österreichische Tränenbrühe hinweg. Gerade Frankreich gegenüber heißt für Deutschland die Lösung: Du oder ich. Da ist mit dem Worte „keine Annexionen“ garnichts getan. Uebrigens so liegen die Dinge mit England. An das deutsch-englische Problem kommt man mit dem Biederermannswort „keine Annexionen“ überhaupt nicht heran. Weder will England von Deutschland, noch Deutschland von England etwas annectieren, und doch ist der deutsch-englische Gegensatz der Drehzapfen des Weltkrieges. Es dreht sich um die Niederwerfung der englischen

Weltherrschaft, die sich in diesem Kriege vollzieht, und es ist wiederum eine Illusion zu glauben, ein Volk, dem man den Jahrhunderte hindurch festgehaltenen Herrscherstab zerbricht, werde uns „verföhnt“ ans Herz sinken, wenn wir nur ihm nichts annectieren.“

Auch der folgende Aufsatz der Zeitschrift von August Winnig ist von Interesse, namentlich wegen folgender Feststellung, die wir im Wortlaut wiedergeben wollen:

„Anhänger eines Friedens um jeden Preis gibt es in Deutschland überhaupt nicht; denn selbst die Unabhängigen sind nur Befürworter eines Friedens um jeden Preis, den Deutschland zahlt, nicht jedes Friedens schlechthin. Wir haben zu jeder Zeit immer einen Frieden gefordert, der unsere wirtschaftliche Zukunft sichert. Darum werden wir auch in dem Friedensprogramm, das Lloyd George in seiner letzten Rede vor den britischen Gewerkschaftsvertretern entwarf, keine Kundgebung sehen, die auch nur den Versuch zu Verhandlungen lobne. Ein Frieden, der Kleinasien zum englischen Interessengebiet machte, riegelte Mitteleuropa gerade auf der Seite von der Welt ab, nach der sein wirtschaftlicher Expansionsdrang weist. Und bei diesem Ausdehnungsstreben handelt es sich nicht nur und nicht einmal in erster Linie um Anlagemöglichkeiten des mitteleuropäischen Finanzkapitals, sondern um ein neutrales allgemeines Bedürfnis des mitteleuropäischen Wirtschaftskreises, der nur dort Rohstoffländer entwickeln kann, die ihm die absolut notwendige Sicherung seiner künftigen Lebensmöglichkeit zu gewähren imstande sind. Es würde die Orientierung der Partei — ich spreche in diesem Falle nicht von der Fraktion — in der Friedensfrage ungemein erleichtern, wenn diese schlechthin selbstverständliche Voraussetzung unserer Friedenspolitik öfter und eindringlicher betont würde.“

## Politische Rundschau.

### Verlangen nach Einberufung der Reichstags.

Chemnitz, 31. Jan. Wie die Chemnitzer Volksstimme meldet, haben die Sozialdemokraten die sofortige Einberufung des Reichstags zu einer Vollversammlung beantragt.

### Eine nationalliberale Kundgebung zur preussischen Wahlreform.

Berlin, 30. Jan. Eine Reihe von nationalliberalen Persönlichkeiten in Preußen, darunter auch der 1. Vizepräsident des Reichstags, Dr. Paasche, haben eine Kundgebung erlassen, worin der nationalliberalen Partei nahegelegt wird, die vom Könige zugesagte und vorgeschlagene Gleichheit des Wahlrechts anzunehmen und dadurch die unter dem Kriege schwer leidende Gesamtheit unseres Volkes mit dem Bewußtsein der Gleichberechtigung in unserem staatlichen Leben zu erfüllen.

Die Kundgebung schließt mit den Worten: „Wir bitten daher unsere Abgeordneten im Preussischen Landtag, jeder Verschleppung der Wahlreform entgegenzutreten und unter patriotischem Verzicht auf begreifliche Bedenken sich auf den Boden des von der Regierung vorgeschlagenen Grundgesetzes der Gleichheit zu stellen.“

### Ehrung Hindenburgs und Ludendorffs durch die Stadt Posen.

Posen, 31. Jan. (WZB.) Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen und dem Generalfeldmarschall von Hindenburg das Rentgut Coloneien zum Geschenk zu machen. Bisher sind zu diesem Zwecke 130 000 Mark gezeichnet, von der Stadt Posen selbst 30 000 Mark, der Rest wird von Privaten, Kommunen, Provinzialverbänden usw. aufgebracht werden. Der Unterhalt des Gartens und der haultichen Anlagen des Gutes wird auf solange Zeit übernommen, als der Generalfeldmarschall Eigentümer des Gutes ist.

### Drohende Flecktyphus-Epidemie in Petersburg.

Nach der Meldung des Petersburger Sonderberichterstatters der „Agence Havas“ sind in Petersburg Fälle von Flecktyphus festgestellt worden, die eine besorgniserregende Ausbreitung unter der Bevölkerung anzunehmen drohen. Man glaubt, daß die Suche von den Soldaten eingeschleppt worden ist, die in Scharen von der Front zurückkehren, ohne daß sie die notwendigen sanitären Maßnahmen beobachtet hätten.

### Englischer Pump bei Japan.

Amsterdam, 31. Jan. (WZB.) „Allgemeen Handelsblad“ erfährt, aus näheren Mitteilungen über den japanischen Kredit an England gehe hervor, daß Japan England von neuem 20 Millionen Pfd. Sterling zur Verfügung stelle. Japan empfangt dafür 80 Millionen Yen einjähriger englischer Schatzwechsel, wie einen Kupienkredit von 30 Millionen zur Bezahlung des von Japan in Indien gekauften Kautschuks.

## Die Verminderung an Frachtraum durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg.

Am 1. Februar 1918 jährt sich der Tag, an welchem der uneingeschränkte U-Bootkrieg begann. Sein Zweck war und ist noch heute die Verhinderung des feindlichen Schiffsverkehrs, auf den unsere Gegner ebenso angewiesen sind, wie die Mittelmächte auf die Eisenbahnverbindungen. Wir suchen unseren Zweck zu erreichen durch ungehemmte Versenkung aller im Sperrgebiet fahrenden Schiffe.

Der Schiffsraum, den wir versenken, wuchs sehr bald so gewaltig an, daß wir ihn mit Befriedigung messen konnten an dem, was unseren Feinden überhaupt an Schiffen noch verblieb. Heute läßt sich das Jahresergebnis übersehen und auf mehr als 9,5 Mill. Br.-R.-T. beziffern.

Träse dieser Verluste England allein, so ruhte ziemlich genau die Hälfte seiner eigenen und seiner kolonialen, am 1. Februar 1917 vorhanden gewesen Handelsflotte auf dem Meeresgrunde, und England wäre trotz Neubauten nicht mehr in der Lage, den Krieg gegen uns fortzuführen; denn 7,5 Mill. Br.-R.-T. braucht England für seine militärischen Bedürfnisse, und mit den dann nur noch verfügbaren 2 Mill. Br.-R.-T. hätte die bürgerliche Bevölkerung des Inselreiches längst Hungers sterben müssen.

Aber England sind mächtige Helfer erstanden. Es hat die Gefahr, die ihm drohte, rechtzeitig erkannt und hat durch List und Gewalt einen großen Teil der neutralen Handelsflotte aufgeboten.

Kleinmütige Beurteiler bemühen sich, den Erfolg unserer Seekriegführung dadurch zu verkleinern, daß sie ihn messen an dem gesamten Weltfrachtraum, der sich zu Beginn des Krieges auf 49,01 Mill. Br.-R.-T. belief. Diese Rechnung beruht indessen auf falschen Voraussetzungen. Bei weitem nicht jedes Seeschiff, das die hohe Zahl der Welttonnage bilden hilft, kommt für den U-Bootverkehr unserer Feinde in Betracht. In den genannten 49,01 Mill. Br.-R.-T. sind sehr viele Fischdampfer, Küstenfahrzeuge, Vergnügungsjachten usw. enthalten, die nicht imstande sind, Rohstoffe oder Truppen aus fernen Ländern nach Europa zu befördern. Für die Entscheidung kommen aber in der Hauptsache nur hochseefähige Dampfer von mindestens 1600 Br.-R.-T. in Betracht. An diesen gab es in der Welt nach englischen Quellen zu Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges nur etwa 8600 Stück mit insgesamt etwa 25 Millionen Brutto-Register-Tonnen. Davon standen rund 3000 Dampfer England zur Verfügung.

An dieser Zahl gemessen, nehmen sich unsere U-Booterfolge noch erheblich günstiger aus, zumal man diesen Weltfrachtraum noch um den Betrag kürzen muß, der auf die nicht beschlagnahmten Schiffe der Mittelmächte entfällt, also um etwa 3 Mill. Br.-R.-T. Auch diejenigen Schiffe kommen in Abzug, welche die Vereinigten Staaten, Japan und die Neutralen unter allen Umständen für ihre eigenen Bedürfnisse behalten müssen, weil sie doch selbst zum Teil auf überseeische Einfuhr angewiesen sind. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände schrumpft der stolze Weltfrachtraum von 49,01 Mill. Br.-R.-T. auf etwa 17 Millionen Brutto-Register-Tonnen zusammen, die unseren Feinden für die Kriegführung sowie für die Versorgung ihrer Bevölkerung Anfang 1917 zur Verfügung standen.

Von diesen 17 Mill. Br.-R.-T. sind die von unseren U-Booten versenkten 9,5 Mill. Br.-R.-T. abzuziehen, und mit dem Rest von 7,5 Mill. Br.-R.-T. hätte die Entente natürlich nicht bestehen können, wären ihr nicht die inzwischen fertiggestellten Neubauten zu Hilfe gekommen. Wir rechnen sehr hoch, wenn wir den englischen Handelsschiffbau des Jahres 1917 auf 1,55 Mill. Br.-R.-T. schätzen. Die amerikanischen Werften haben trotz vieler Redensarten nur 1 Mill. Br.-R.-T. gebaut, Japan sogar nur 0,3 Mill. Br.-R.-T., während Frankreich und Italien zusammen nur wenig über 100 000 Br.-R.-T. beizufeuern vermochten.

Im ganzen stehen also 3 Mill. neuerbauter Br.-R.-T. 9,5 Mill. versenkter Br.-R.-T. gegenüber, d. h. die Verminderung des in Betracht kommenden Frachtraums der Welt, zu der noch ein Abzug von etwa  $\frac{1}{4}$  Mill. Br.-R.-T. infolge von Abnutzung tritt, beträgt im ersten Jahre des uneingeschränkten U-Bootkrieges das Drei- bis Vierfache dessen, was unsere Feinde erbauten.

Nicht berücksichtigt sind in dieser Rechnung die zahlreichen, von deutschen U-Booten angeblüht, „erfolglos“ angegriffenen Schiffe, die wir zwar nicht versenken, aber mehr oder weniger schwer beschädigen, die also für einige Zeit betriebsunfähig sind. Ihre Wiederherstellung setzt die Leistungsfähigkeit der feindlichen Werften herab. Die von den feindlichen Regierungen beschlagnahmten oder gekauften neutralen Schiffe sind in dem obengenannten Weltfrachtraum bereits enthalten. Auch die in der Welt beschlagnahmten Schiffe der Mittelmächte sind berücksichtigt.

## Aus Stadt und Land.

Ettlingen, den 1. Februar 1918.

**Personalmeldungen.** An die Stelle des von seinem Amte beim städtischen Verkauf zurückgetretenen Herrn J. Machol, Privat, übernahm diese Stelle heute Herr Fz. Trautmann, Gemeinderat. Herr Machol ist in den Betrieb des Kommunalverbands übergetreten.

**Aus Karlsruhe** wird berichtet, daß eine Postauswärtigerin aus Busenbach beim Einladen von Postfächern in einen Zug im Hauptbahnhof von einem Gerüst herabfiel, weil der Zug abfuhr, bevor das Einladen beendet war. Sie wurde wegen einer Verletzung des linken Arms ins Neue St. Vinzenzhaus verbracht.

Ferner wurde daselbst eine Dienstmagd aus Ettlingen wegen Diebstahls verhaftet.

**Ehenrot, 1. Febr.** Zu Ehren der Feibgrauen des Dorfes veranstaltete die Volksschule Ehenrot am Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 3 $\frac{1}{4}$  Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“ eine „Vaterländische Feier“. Alle Einwohner von hier und Umgebung sind hierzu freundlich eingeladen. Ein reichhaltiges Programm ist für den Nachmittag zusammengestellt. Der Kinder Darbietungen sollen in Ernst und Scherz die Herzen stärken für den vierten Kriegsfrühling, in dem es gilt auf dem Posten zu sein!

**A.V. Forchheim, 1. Febr.** Am nächsten Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr findet im Vereinslokal in Forchheim eine Versammlung statt, bei welcher Herr Pfarrer Irion von Ettlingenweiler über **Ernährungspolitik** sprechen wird, woran sich eine allgemeine Aussprache über die brennenden Wirtschaftspragen schließen soll. Ferner wird Herr Oberrevisor Balde einen Vortrag über den **Unterseebootkrieg** mit genauen Zahlenangaben halten.

**Kaufmännischer Vorbereitungskurs für Kriegsbeschädigte.** Das Großh. Landesgewerbeamt beabsichtigt, für solche Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verletzung ihrem früheren Beruf nicht mehr nachgehen können und deshalb in einem andern — im vorliegenden Falle im kaufmännischen — Berufe Beschäftigung suchen, besondere Vorbereitungskurse abzuhalten. Dazu sollen aber nur solche Kriegsbeschädigte zugelassen werden, die sich sowohl durch ihre Fähigkeiten als auch ihre Vorbildung für eine kaufmännische Tätigkeit eignen, und die ganz vom Militärdienst befreit sind. Die Dauer des an der Karlsruher Handelsschule stattfindenden Kurses beträgt ungefähr 3 Monate bei etwa 35 Wochenstunden; er ist unentgeltlich; alle Lehrmittel werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Verpflegung trägt der Landesauschuß für Kriegsbeschädigte; die Wohnung hat der Teilnehmer sich selbst zu beschaffen; doch kann bedürftigen Kriegsbeschädigten eine Beihilfe zum Wohnungsgeld oder dessen gänzliche Bezahlung auf Ansuchen gewährt werden. Gesuche um Zulassung sind bis spätestens 15. Februar 1918 auf einem vom Großh. Landesgewerbeamt unentgeltlich erhältlichen Anmeldebogen an das Großh. Landesgewerbeamt, Abteilung II, in Karlsruhe zu richten. Außerbadische Teilnehmer haben auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Verpflegung nur dann Anspruch, wenn sie den schriftlichen Nachweis erbringen, daß der Landesauschuß ihrer Heimat die Kosten übernimmt. Beginn des Kurses: 1. März 1918.

## Badischer Landtag.

**oc. Karlsruhe, 31. Jan.** In der fortgesetzten Beratung des Justizetats wünschte Abg. Benedey (F. B.), daß man bei Verhängung von Strafen auf die durch die lange Dauer des Krieges zurückzuführen gereizte Stimmung im Publikum etwas Rücksicht nehmen sollte. Bei Entschädigungen an unschuldig Verhaftete und Verurteilte sollte der Staat großzügiger vorgehen. Die Vorführung mit der Zange sollte nur im alleräußersten Falle eintreten. Die Bestrafung von Burschen im Alter von 13, 14 und 15 Jahren wegen Diebereien sollte nach Möglichkeit nicht durch eine Strafkammer geschehen; vielmehr ließe sich die Einrichtung der Jugendgerichte ausbauen. Besonders warm befürwortete der Redner ein wohlwollendes Entgegenkommen den im Kriege stehenden Rechtspraktikanten gegenüber. Schließlich dankte der Redner für die von dem Herrn Justizminister der Anwaltschaft gemieteten Worte der Wertschätzung. — Abg. Wittmann (Ztr.) wiederholt den Wunsch auf Ausschreibung der Richterstellen nach würtig. Muster. Die Armentätigkeit der Rechtsanwälte gehöre entlohnt. Um der Zunahme der Kriminalität bei der Frauenwelt und bei der Jugend entgegenzuwirken, sollte man mehr das religiöse Moment betonen. Der Zwangserziehung in konfessionellen Anstalten müsse näher getreten werden.

Nachdem Abg. Banschbach (R. Bg.) den Wunsch geäußert hatte die Landwirte bei Verstößen gegen kriegswirtschaftliche Maßnahmen nicht zu bestrafen, hebt Ministerialdirektor Duffner hervor, daß bei Gnadengesuchen stets der individuelle Standpunkt vertreten werde. Das trete auch bei Fällen des Verkehrs weiblicher Personen mit Kriegsgefangenen ein, wenn man auch sagen müsse, das Verhalten der beir.

Frauen sei ein so würdeloses, daß die Strafen nur gerechtfertigt seien. Bei Fällen von Kriegswucher und übermäßiger Preissteigerung müsse eine Gnadenanwendung äußerst kritisch beurteilt werden. Eine scharfe Ueberwachung der Mühlen sei notwendig, denn durch sie gehe der größte Teil des Getreidehändlerhandels. Der aus Beamtenkreisen geäußerte Wunsch nach Lösung der Disziplinarstrafen werde bald in Erfüllung gehen. Was die Aenderung des § 253 des R.-St.-G.-B. betreffe, so sei die badische Regierung bestrebt, bei einer Strafprozeßänderung dahin zu wirken, daß der künftige Erpressungsparagraf eine Fassung erhält, wonach ein einfacher Lohnstreik nicht als Erpressung aufgefaßt wird. — Geh. Rat Rärcher stimmte in das von Vorrednern ausgesprochene Lob für die Tätigkeit der Gefängnisgeistlichen ein, sagte aber eine Berufung eines solchen Geistlichen an die Spitze einer Strafanstalt erscheine nicht angängig, da der Leiter einer solchen Anstalt unbeeinflusst sein müsse von konfessionellen Gesichtspunkten. — Abg. Dietrich (natl.): Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Staat sich an den Verlusten städt. Grundbuchämter beteiligen soll. Diese Verluste belaufen sich bisher auf etwa 500 000 Mk. Die Regierung sollte soweit gehen, daß es der Gemeinde erlaubt wird, sich später an den Gewinnen schadlos zu halten. Dazu kommt noch ein Billigkeitsgrund. Die Städte sind durch den Krieg gewaltig belastet worden, da bin ich der Meinung, daß der bad. Staat, der den Krieg gut überstanden hat, den Städten entgegenkommt. Eine Umgestaltung des Grundbuchwesens bedarf besonderer Vorsicht. Wenn es auch wünschenswert ist, das Notariat im „Umberziehen“ zu beseitigen, so darf dies keineswegs eine Schwächung der Stellung der Ratschreiber zur Folge haben. Die Ratschreiber sind vielfach die Seele der Gemeindevwaltungen auf dem Lande und wenn schon eine Aenderung erfolgt, so kann sie nur auf dem Wege gefunden werden, daß dem Ratschreiber in seiner Eigenschaft als Grundbuchbeamter eine größere Selbstständigkeit als bisher zugewiesen wird. Ferner müssen diejenigen Unterlagen an Grundbüchern, Katastern usw., die die Landgemeinden brauchen, auf dem Lande bleiben, denn sie bilden eine große Unterlage für die Tätigkeit der Landgemeinden. So sehr also das Grundbuchwesen reformbedürftig ist, ebenso sehr darf die historische Entstehung und die Notwendigkeit auf unsere speziell badischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, nicht übersehen werden. Weiter ist über die Bestrafung der Kriegsvergehen gesprochen worden. Es ist dabei immer der Standpunkt des Angeklagten vertreten worden. Man darf sich aber auch einmal auf den Standpunkt der Verwaltung stellen, das sind die Gemeinden, die sehr unter dem Schleichhandel leiden. Man sollte hier nicht den Standpunkt vertreten, daß die Verwaltungsbehörden sich nicht des Staatsanwaltes bedienen dürfen. Ich habe vermehrt, daß die Anrechnung des Abg. Rebmann erfüllt werde, die Verurteilung derjenigen, die sich schwer gegen die Kriegsverordnungen vergangen haben, zu veröffentlichen. Man sollte nicht nur immer von Milde reden, sondern auch von der Demoralisation, die während des Krieges in weiten Kreisen eingetreten ist. Der Redner forderte, daß die Assessoren rascher als bisher in selbständige Stellung kommen und schloß mit den Worten: Der Lehrmeister nach dem Kriege wird uns sein: die Not an Geld und der Mangel an Menschen.

Präsident Dr. Zehnter teilte mit, daß er am Freitag sein Amt als Oberlandesgerichtspräsident antrate und damit aus der 2. Kammer ausscheide. Er dankte allen Mitgliedern für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. — Abg. Rebmann (natl.) sprach dem Präsidenten unter Zustimmung des Hauses den herzlichsten Dank für seine wohlwollende und unparteiische Geschäftsführung aus.

## Aus Baden.

**\* Karlsruhe, 31. Jan.** Das Kollegialmitglied bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Oberbaurat Ferdinand Freiherrn v. Babo wurde auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen und treugeleisteten Dienste und unter Verleihung des Titels Geheimen Oberbaurat bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

**\* Pforzheim, 31. Jan.** Der 44-jährige Arbeiter Wilhelm Poeten fiel am Sonntag abends über die Einfriedigung der Straßenunterführung in der Nähe des Bahnhofes Birkenfeld etwa 5 Meter hoch hinunter und verletzte sich schwer. In seiner Wohnung in Dillstein ist er jetzt an den Folgen des Sturzes gestorben.

**Ottenu (Murgtal), 31. Jan.** Spielende Kinder verursachten gestern hier einen Brand, dem zwei Häuser zum Opfer fielen.

**Erhöhung der Feuerungszulagen für die Beamten und Arbeiter.**

**Karlsruhe, 31. Jan.** In der Budgetkommission der 2. Kammer erklärte der Vorsitzende Abg. Rebmann zu Beginn der heutigen Sitzung, daß ihm Mitteilungen über eine wachsende Unzufriedenheit aus den Kreisen der mittleren und

unteren Beamten zugegangen seien. Die Beamten wünschen dringend eine weitere Erhöhung der Steuerzulage. Auch in den Kreisen der Eisenbahnarbeiter herrschte starke Missstimmung. Der Finanzminister erklärte, die Regierung sei sich klar, daß sie dem Beispiel Preußens, Bayerns folgen müsse, eine einmalige Steuerzulage zu bewilligen. Auch eine weitere Erhöhung der Grundlöhne der Arbeiter habe sich als notwendig erwiesen. Die Arbeiterlöhne der Eisenbahnarbeiter sollen um 50 Pfg. pro Tag erhöht werden. Das erfordert einen Kostenaufwand von 2 1/2 Millionen. Die Erhöhung der Arbeiterlöhne habe mit Notwendigkeit eine Erhöhung der Kriegszulage um 180 M. für die unteren Beamten zur Folge. Auch die Kriegszulage der übrigen Beamten müsse um 180 M. aufgebessert werden, was einen Aufwand von 4,6 Millionen erfordert. Dazu soll eine einmalige Zulage von 100 M. und 20 M. für jedes Kind, für ledige Beamten und Arbeiter 50 M. kommen, die alsbald ausbezahlt werden sollen. Der Aufwand dafür beläuft sich auf etwas über 6 Millionen Mark.

Insgesamt würden diese Maßnahmen einen Mehraufwand von rund 14 Millionen erfordern. Mit den früheren Bewilligungen belaufen sich die Mehrausgaben pro Jahr 46 Millionen. Der Finanzminister erklärte, daß durch diese neuen Maßnahmen, sein ganzes Finanzprogramm über den Haufen geworfen wurde und er könne heute noch nicht sagen wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Für dieses Jahr wolle er von einer Erhöhung der Staatseinnahmen absehen. Die Aufwendung sollen aus Anleihen bestritten werden.

Von nat. lib. Seite wurde erklärt, die vorgeschlagene Lösung sei keine ideale. Es sollten die Zulagen auf die Höhe wie im Reich und Preußen gesetzt werden. Dieser Wunsch wurde auch von den übrigen Fraktionen geäußert. Von soz. Seite wurde darauf hingewiesen, daß der Wucherer entsetzliche Zustände geschaffen habe. Schließlich erklärte sich der Finanzminister bereit, die einmalige Zulage auf 200 M. für Verh. und 100 M. für Ledige zu erhöhen. Die Kommission beschloß den Vorschlägen der Regierung zuzustimmen.

#### Die Amtsverlängerfrage in der Justizkommission.

B.L.C. Karlsruhe, 30. Jan. In der Kommission für Justiz und Verwaltung verhandelte man über den Antrag des Zentrums, wonach die derzeitige Regelung des amtlichen Verkündungswesens dahin abgeändert werden soll, daß die jetzigen Amtsverlängerungen beseitigt und die amtlichen Bekanntmachungen gegen vereinbarte Zeilen- und Rabattvergütung an alle verbreiteteren Blätter des Landes gegeben werden sollen. Der Berichterstatter gab eine historische Uebersicht über die Entwicklung der Amtsverlängerung und empfahl die Annahme des Antrages. In der Debatte wies ein nationalliberaler Vertreter darauf hin, daß es während des Krieges eine Unbilligkeit sei, eine Minderung des im großen und ganzen bewährten Systems herbeizuführen. Eine weitere Anregung geht dahin, die amtlichen Bekanntmachungen in allen Zeitungen des Bezirks ferner an alle auswärtigen badischen Zeitungen zu geben, die mit mindestens 500 Abnehmern im Bezirke vertreten sind. Die ursprünglichen Antragsteller erklärten sich mit dieser letzten Anregung einverstanden. Die Regierung sieht die Notwendigkeit der Minderung in der jetzigen Kriegszeit nicht ein. Die mannigfachen Schwierigkeiten im Kriege insbesondere der Papiermangel und nicht zuletzt die finanziellen Mehraufwände geben hierzu die Begründung. Der geänderte Antrag wurde mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen.

#### Privatanzeigen.

#### Petroleum-Versorgung.

Zur Regelung der Petroleumversorgung in hiesiger Stadt ist beabsichtigt, Ausweiskarten einzuführen, welche den Inhaber berechtigen, eine bestimmte Petroleummenge in den einschlägigen Geschäften zu kaufen. Die Karten sind nummeriert, bestehen aus Stammkarten und drei Unterabschnitten (letzte gelten zunächst für Februar, März, April lfd. J.). Diese Abschnitte müssen beim Empfang des Petroleums des betr. Monats abgetrennt werden. Bei Haushaltungen, die Gas, elektr. Licht oder eine andere Beleuchtungsart besitzen, lautet der Monatsabschnitt auf 1/4 Liter (gelbe Karten), diese Menge kann bei geringer Belieferung ganz wegfallen; bei den übrigen Haushaltungen (weiße Karten) wird jeweils besonders veröffentlicht, wieviel auf den Monatsabschnitt entfällt. Da die zur Anlieferung kommenden Mengen Schwankungen unterliegen, kann das diesen Haushaltungen zugewiesene Quantum (nach den derzeitigen Zuweisungen etwa 2-3 Liter monatlich) im Voraus nicht bestimmt werden. Jede Haushaltung erhält nur eine Karte.

Die Karten werden auf der Polizeiwache ausgegeben und wird damit am Montag, den 4. Februar begonnen.

Ohne die erwähnten Ausweiskarten ist die Ausgabe von Petroleum verboten. Vor dem Eintreffen desselben erscheint eine entsprechende Bekanntmachung in den beiden hiesigen Zeitungen.

Ettlingen, den 30. Januar 1918.

Bürgermeisteramt:

Huegel.

Müller.

#### Bekanntmachung.

Morgen Samstag, den 2. Februar 1918, nachmittags von 2 Uhr ab erfolgt die Ausgabe von Fleisch im Schlachthaus an die Buchstaben **Sch.-F.** und **M.-G.**

Der Preis beträgt 1 M. 30 Pfg. für das Pfund. Es erhalten aber nur diejenigen Haushaltungen der genannten Buchstaben Fleisch, welche sich s. Zt. für den Bezug von Freibankfleisch in der Liste, welche auf der Polizeiwache auflieg, vormerken ließen. Alle übrigen Haushaltungen erhalten kein Fleisch.

Zu dieser Ausgabe werden Nummerscheine ausgegeben und sind solche von den Bezugsberechtigten von morgen Samstag vormittag von 8-10 Uhr auf der Polizeiwache erhältlich.

Fleischkarten sind mitzubringen.

Ettlingen, den 1. Februar 1918.

Bürgermeisteramt:

Huegel.

Müller.

#### Bekanntmachung.

Scharfschießen betr.

Die Unteroffizierschule wird vom 4. Februar bis einschließlich 9. Februar 1918 auf dem Exerzierplatz nördlich Bruchhausen mit südwestlicher Schußrichtung ein Schießen mit scharfer Munition abhalten. Dauer des Schießens jeweils von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends. Das gefährdete Gelände ist im Norden begrenzt durch die Chaussee Ettlingen-Mörsch (Präpositurwerke von St. Johann ausschließlich) im Osten durch den Malscher Landgraben, den Nord- und Westrand von Bruchhausen, sowie die Chaussee nach Rastatt ausschließlich, im Süden durch den Südrand des Hardtwaldes nordwestlich der Zahl 122, im Westen durch den Weg Neumalsch-Forchheim Exerzierplatz bis in Höhe von Bruchhausen, dann durch den Weg, der in nordöstlicher Richtung nach der Wegegabel Ettlingen-Mörsch und Ettlingen-Forchheim führt.

Das gefährdete Gelände ist durch Posten abgesperrt, deren Anweisung unbedingt Folge zu leisten ist. Es wird ausdrücklich bekannt gemacht, daß das Betreten des abgesperrten Geländes mit Lebensgefahr verbunden ist.

Ettlingen, den 24. Januar 1918.

Or. Bezirksamt.

Vorstehendes geben wir hiermit bekannt.

Ettlingen, den 30. Januar 1918.

Bürgermeisteramt:

Huegel.

Müller.

#### Bekanntmachung.

Feuersicherheit der Gebäude im Kriege betr.

Durch die Einberufung der meisten Fachleute zum Heeresdienst werden von Nichtfachleuten Arbeiten unter Verwendung allerlei Materials an elektrischen Leitungsanlagen ausgeführt, durch die die Gebäude, insbesondere Scheunen, Lagerschuppen u. dergl. einer erhöhten Feuergefahr ausgesetzt werden. Wir verweisen besonders die Hauseigentümer auf die hier geltenden Installationsvorschriften des Kraftwerks Ettlingen; wonach nur die von der Badischen Lokal-Eisenbahn Akt.Ges. zugelassenen Installationsgeschäfte Arbeiten an den elektrischen Leitungen ausführen dürfen.

Auf Verlangen gibt die Direktion der Gesellschaft oder die Bahnverwaltung der Albtalbahn diese Geschäfte bekannt. Ähnliche Gefahren sind bei Arbeitsausführungen von Nichtfachverständigen beim Aufbauen von Wasserleitungen, Abfallröhren und dergl. vorhanden.

Wir weisen alle Hauseigentümern darauf hin, diese Arbeiten nur sachverständigen Handwerkern zu übertragen, die ihrerseits mit der größten Vorsicht zu arbeiten und vor Arbeitsbeginn festzustellen haben ob nicht feuergefährliche Stoffe in der Nähe der aufzulauenden Leitungen lagern. Für die Bereitstellung genügender Mengen Wasser zum Löschen etwa entstehender Brände ist im Einzelfalle Sorge zu tragen.

Ettlingen, den 26. Oktober 1917.

Bürgermeisteramt:

Huegel.

#### Stoffisch-Verkauf.

Am Samstag, den 2. Februar, vormittags 8-10 Uhr werden in der städtischen Verkaufshalle im Rathaus frischgewässerte Stoffische zum Preise von 1,45 M. für das Pfund verkauft.

Ettlingen, den 1. Februar 1918.

Bürgermeisteramt.

Wir haben in verschiedener Stärke **Lohnbücher** für die Südwestliche Bau- und Gewerkschaften am Lager, wie sie die Bau- und Gewerbetreibenden für die Fertigung der Lohnnachweise gebrauchen.

Buch- & Steindruckerei R. Barth, Ettlingen, Fernspr. 78 Kronenstr. 26.

Vordrucke für Kriegswochenhilfe: 1. Antrag a. Kriegswochenhilfe. 2. Bescheinigung z. Erlangung von Stillsch. Wir empfehlen uns zur Lieferung. Buch- und Steindruckerei R. Barth.

Abfegerscheine halten vorrätig Buchdruckerei R. Barth.

#### Acker-Verkauf.

1/2 Morgen in der Eichenlach, 1/4 Morgen bei der Hand. Näheres im „Kurier“.

Das

#### Grüne Kursbuch

mit den Berichtigungsblättern vom 14. und 22. Januar 1918

kauf man in der

Buch- & Steindruckerei R. Barth.

#### Die ganze Weltlage,

bedingt durch

unsere Baffenerfolge zu Lande wie zu Wasser, die Friedensverhandlungen mit Rußland, die Einmischungen der an den Verhandlungen nicht teilnehmenden feindlichen Mächte, unsere wirtschafts-politischen Erwartungen von der Zukunft, die Vorgänge an der Westfront,

ist heute derartig, daß Jedermann mit Spannung den neuesten Nachrichten entgegenfieht.

Wichtiger als je ist deshalb eine Zeitung, die zweimal täglich erscheint, die frühmorgens und frühmittags auf Grund eines äußerst umfangreichen Depeschendienstes ihre Leser auf das schnellste unterrichtet. Dies bietet die Straßburger Post mit ihren täglich zwei Ausgaben und dem so günstigen Versand. //

Uebersichtliche Zusammenstellung des gesamten Materials Neuester umfangreicher Depeschendienst \* Eingehende politische Berichterstattung \* Zahlreiche ausführl. Privattelegramme der eigenen Berichterstatter, sowohl von den Kriegshauptplätzen, als aus den neutralen Staaten, als besonderer Spezialdienst des Blattes \* Regelmäßiger Unterhaltungsbeleg \* Reichhaltiger Handelsbeleg mit zahlreichen Depeschen, Stimmungsberichten der Berliner und Frankfurter Börse, Kursen der wichtigeren Warengattungen usw. usw.

Der beste Beweis für die Leistungen und Beliebtheit der

#### Straßburger Post

ist die so gestiegene Auflage. Ende 1917:

über 42 000 Dollausgabe, über 18 000 Zelbausa. Die Zelbausaufe ist nur für die Truppen im Felde bestimmt und kostet monatlich M. 1.50.

Dollausgabe für Monat Februar M. 1.74 bei allen Postanstalten.

Grund- u. Hausbesitzer-Verein Ettlingen.

Unentgeltlicher Wohnungs-Nachweis beim Geschäftsführer des Vereins Herrn Friseur Jäger, Badenertorstraße.

Kostenfreie Veröffentlichung der selbstst. angemeldeten freien Wohnungen für alle Vereinsmitglieder. Wohnungsanmeldungen liegen zur Zeit keine vor.

Eine gute Aug- u. Fabr-Kuh großsträtig, ist zu verkaufen. Sternengasse 8.

Schöne Ein-Zweizimmer-Wohnung mit Küche auf 1. März zu mieten gesucht. Angebote unter B. 16 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

3 Zimmertwohnung mit Zubehör auf 1. April zu mieten gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter R. 2.

Acker od. Garten zu pachten gesucht. Nähe vom „Erbspringen“ bevorzugt. Karl Schimpf, Badenertorstraße 4.

Gegenscheine für Kapitalabzahlungen empfiehlt den Gemeindevorrechnungen Buch- und Steindruckerei R. Barth.

Rechnungen für die

Bezirksbau-Inspektion Karlsruhe sind vorrätig in der Buch- & Steindruckerei R. Barth.

Für die Schriftl. verantw. R. Barth in Ettlingen.